



## Volksinitiative Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen

In den Hamburger Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien wurde seit 2010 das gemeinsame Lernen von SchülerInnen mit und ohne Behinderungen bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf flächendeckend eingeführt.

Die politisch Verantwortlichen versäumten von Anfang an, die notwendigen personellen und räumlichen Voraussetzungen für eine gelingende schulische Inklusion zu schaffen. Damit das gemeinsame Lernen für alle Kinder und Jugendlichen erfolgreich wird, fordert die Volksinitiative *Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen*:

\* **Mehr PädagogInnen**

\* **Barrierefreie Schulen**

\* **Mehr Räume**

\* **Therapie und Pflege**

## Gute Inklusion nützt allen SchülerInnen

- ✓ In einer guten inklusiven Schule wird jedes Kind in seiner Einzigartigkeit respektiert.
- ✓ In einem guten inklusiven Unterricht erhalten alle SchülerInnen ein passendes Lernangebot, um ihre Fähigkeiten zu entfalten.
- ✓ Gute Inklusion nutzt die Vielfalt der SchülerInnen und hilft ihnen, intensiv miteinander und voneinander zu lernen.
- ✓ Gute Inklusion ist ein Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Toleranz in unserer Gesellschaft.
- ✓ Inklusion wurde von den Vereinten Nationen zum Menschenrecht erklärt. Dieses Menschenrecht darf nicht an fehlendem Personal und Räumen scheitern.

**Ihre Stimme zählt. Selbst unterschreiben und Unterschriften sammeln.**

Vorlage und Unterschriftsliste auf [www.gute-inklusion.de](http://www.gute-inklusion.de) oder [facebook.com: Gute-Inklusion](https://www.facebook.com/Gute-Inklusion)

Bei Fragen oder Anregungen [info@gute-inklusion.de](mailto:info@gute-inklusion.de) oder **0178 2140462**

v.i.S.d.P.: Volksinitiative Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen, Moorbekweg 27, 22359 Hamburg

### **Mehr pädagogisches Personal**

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, mehr pädagogisches Personal zur Verfügung zu stellen, damit alle Schülerinnen mit und ohne Förderbedarf ihre Potentiale im gemeinsamen Lernen entfalten können.

Das bedeutet im Einzelnen:

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, für alle SchülerInnen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache oder emotionale und soziale Entwicklung (LSE) je drei Lehrerunterrichtsstunden mehr als für SchülerInnen ohne LSE zur Verfügung zu stellen. Zudem fordere ich, dass bei der Personalversorgung der Grundschulen durchschnittlich ein Anteil von 7% SchülerInnen mit LSE zugrunde gelegt wird.

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, für SchülerInnen mit einer Behinderung im Bereich körperliche oder geistige Entwicklung, Hören, Sehen oder Autismus die schülerbezogene Personalzuweisung in der Vorschule und den Jahrgängen 1-10 um ein Drittel zu erhöhen und sie in der Oberstufe an die der Mittelstufe anzugleichen.

### **Therapeutisches und pflegerisches Personal**

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, für SchülerInnen mit einer Behinderung genauso viele Therapie- und Pflegestunden in der Inklusion wie an den entsprechenden speziellen Sonderschulen zur Verfügung zu stellen. Zudem fordere ich, dass das dafür nötige therapeutische und pflegerische Personal zusätzlich eingestellt wird und dies nicht zu Lasten der pädagogischen Versorgung geht.

### **Zusätzliche Räume**

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, im Musterflächenprogramm einen zusätzlichen Flächenbedarf für Pflege, Therapie, Psychomotorik und Gruppenräume zu berücksichtigen, indem pro SchülerIn mit einer Behinderung zusätzlich 8m<sup>2</sup> vorgesehen werden.

### **Barrierefreiheit**

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, die allgemeinen Schulen entsprechend ihrer SchülerInnen mit einer Behinderung schrittweise barrierefrei zu gestalten, indem für diesen Zweck ein Masterplan für die nächsten zehn Jahre beschlossen wird mit einem jährlichen Umsetzungsvolumen von zehn Millionen Euro.

### **Umsetzung der Forderungen**

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, spätestens ein Jahr nach Zustandekommen des Volksentscheids die o.g. Forderungen umzusetzen. Zudem fordere ich, dass die o.g. Forderungen nicht durch Kürzungen in anderen schulischen Bereichen finanziert werden.

---

### **Begründung**

*Seit 2006 ist das gemeinsame Lernen von SchülerInnen mit und ohne Behinderung ein von der UN beschlossenes Menschenrecht. 2009 wurde dieses Recht im Hamburger Schulgesetz verankert. Seitdem haben SchülerInnen mit einer Behinderung oder einem sonderpädagogischen Förderbedarf das Recht in der allgemeinen Schule gemeinsam mit anderen SchülerInnen zu lernen. Viele Schulen sind dabei, ihren Unterricht auf das gemeinsame Lernen in Vielfalt umzustellen. Sie stoßen aber schnell an Grenzen, weil nicht ausreichend pädagogisches, therapeutisches und pflegerisches Personal vorhanden ist und zusätzliche Räume für die Inklusion fehlen.*

*Mit der Abschaffung der gut ausgestatteten Integrationsklassen wurden die Personalmittel für SchülerInnen mit einer Behinderung in der Inklusion seit 2012 um ein Drittel gekürzt. Massive Kürzungen gab es auch für SchülerInnen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale-soziale Entwicklung.*

**Die Folgen:** *Die jetzt praktizierte Inklusion wird von vielen Eltern, SchülerInnen und PädagogInnen als unhaltbar erlebt, weil die personellen und räumlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichen, um ein für alle SchülerInnen gelingendes gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Viele Eltern sehen sich deshalb gezwungen, ihr Kind mit einer Behinderung an einer speziellen Sonderschule anzumelden, obwohl sie eigentlich für ihr Kind eine gute inklusive Schule wünschen. **Damit alle SchülerInnen im gemeinsamen Lernen ihre Potentiale entwickeln können, werden mehr Personal, mehr Räume und Barrierefreiheit benötigt. Gute Inklusion nützt allen SchülerInnen und ist ein wichtiger Beitrag zu Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Das Menschenrecht auf Inklusion darf in einer so reichen Stadt wie Hamburg nicht an Personal und Räumen scheitern.***

*Unsere Forderungen für eine gute Inklusion können durch die Überschüsse im Hamburger Haushalt sowie durch eine intensivere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung finanziert werden.*